

Einschlägig und schlagkräftig

Aufruf: Ein Bündnis aus gewaltbereiten Linksextremisten, Gewerkschaften, Grünen und führenden SPD-Politikern hat der AfD den Kampf angesagt

Von Ronald Berthold

Unter Arbeitnehmern hat die AfD bei den vergangenen Landtagswahlen besonders gut abgeschnitten. Das muß den DGB schmerzen, hatte er doch vor der Wahl ausdrücklich dazu aufgerufen, nicht dieser Partei die Stimme zu geben. Sogar von den „Vollidioten der AfD“ sprach eine DGB-Vize bei einem Wahlauftritt der baden-württembergischen Gewerkschaften. Das hat alles nichts genutzt. Jetzt geht es weiter. Auf einer „Aktionskonferenz“ im DGB-Haus in Frankfurt am Main am 23. und 24. April soll der Kampf gegen die Partei professionalisiert und weiter vernetzt werden.

Als Paket zu dieser Tagung gehört auch ein Aufruf gegen die AfD, den Politiker von FDP, SPD, Grünen und der Linken genauso wie Antifa-Gruppen und weitere laut Verfassungsschutz „gewaltorientierte“ Linksextreme unterschrieben haben. Verantwortet wird der Aufruf, in dem es ohne Beleg heißt: „Abgeordnete der AfD verbreiten Nazi- Parolen und hetzen gegen Andersdenkende“, von der VVN-BdA, die ebenfalls jahrelang vom Verfassungsschutz beobachtet wurde. Eine Kampfansage enthält der Aufruf auch: „Wir werden uns der AfD überall entgegenstellen, ob auf der Straße oder in den Parlamenten.“

Die Unterzeichner eint der schwere Vorwurf, daß die AfD der „Stichwortgeber“ für „Mordanschläge und Pogrome gegen Geflüchtete“ sei. Daher kündigen die Initiatoren an, sie wollten verhindern, daß Rassisten „Raum für ihre Hetze bekommen“. Im Zusammenhang mit den permanenten Drohungen gegen Hotels und Gaststätten, in denen die AfD Räume nutzen möchte, erhält dies eine pikante Note. Zumal nicht nur die Antifa den Aufruf unterzeichnet hat, sondern auch Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD).

Aber sie befindet sich in einer prominenten Reihe, was das deutsche Politik- Establishment angeht: Auch die neue SPD-Generalsekretärin Katarina Barley, SPD-Vize Ralf Stegner, die beiden Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Katrin Göring-Eckardt und Anton Hofreiter, sowie ihre Parteichefs Cem Özdemir und Simone Peter, die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Eva Högl, die Linksparteichefin Katja Kipping, die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau und der Chef des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, haben das Schriftstück, in dem die AfD mit Mordanschlägen in Verbindung gebracht wird, unterzeichnet.

Mobilisierung gegen Bundesparteitag

Wie sich diese Personen der AfD „überall“, wie sie betonen, entgegenstellen können, werden sie – wenn gewünscht – bei der „Interventionistischen Linken“ (IL) auf dem kurzen Dienstweg erfahren. Denn auch die vom Verfassungsschutz beobachtete Gruppe, die für zahlreiche gewaltsame Demonstrationen verantwortlich ist, hat den Aufruf unterschrieben. Bei ihr sind laut aktuellem Verfassungsschutzbericht mehr als 20 postautonome Gruppen organisiert. Die IL will nach eigener Aussage als „radikale Linke in den gesellschaftlichen Kämpfen präsent sein“. Der Verfassungsschutz schreibt, „wichtige Organisationen im gewaltorientierten Linksextremismus“ hätten sich der IL angeschlossen.

Auch in die Gesellschaft des Bundesvorsitzenden der SDAJ, Paul Rodermund, begeben sich die prominenten Bundespolitiker. Über dessen Organisation, die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, schreibt der Verfassungsschutz in seinem aktuellen Bericht, diese sei „marxistisch-leninistisch“ und verfolge „das Ziel, eine sozialistische/ kommunistische Gesellschaft zu errichten“. Auf gut deutsch: Die SDAJ kämpft für eine Art neue DDR.

Auch der Sprecher der linksextremen Blockupy-Gruppierung, Frederic Wester, gehört dem Bündnis an. Bei den Protesten von Blockupy gegen die Eröffnung der EZB-Zentrale kam es im vergangenen Jahr zu massiven Ausschreitungen. Während der linksextremen Krawalle wurden mehr als 150 Polizisten verletzt. Wester gab nach der Randalie der Bundesregierung die Schuld an der Eskalation. „Wenn man jemanden verantwortlich machen möchte, dann ist es die Bundesregierung und die EZB“, sagte er.

Erst kürzlich lehnte Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen Forderungen von SPD-Chef und Vizekanzler Sigmar Gabriel ab, die AfD zu beobachten, weil diese die freiheitlichdemokratische Grundordnung nicht bedrohe. Unter den insgesamt 187 Erstunterzeichnern findet sich nun das „Who is who“ der deutschen Linken und des deutschen Linksextremismus sowie dessen Relativierer. Wie breit dieses Bündnis gegen eine demokratisch gewählte Kraft tatsächlich ist, zeigt, daß sich selbst die schulpolitische Sprecherin der Kölner FDP-Ratsfraktion, Stefanie Ruffen, nachträglich in die Liste der Unterstützer eingetragen hat. Inzwischen hat sich auch der Bundesverband Windenergie in Gestalt des Politikreferenten Georg Schroth dem Aufruf angeschlossen.

Auf der Aktionskonferenz soll auch besprochen werden, wie die „mögliche bundesweite Mobilisierung gegen den Bundesparteitag der AfD“ aussehen könnte.